

Inhaltsübersicht

§ 1 Einleitung – Fake News als Mittel bewusster politischer, wirtschaftlicher und sozialer Beeinflussung	47
A. Problemaufriss	47
B. Zielsetzung	48
C. Gang der Untersuchung	50
D. Methodisches Vorgehen	54
E. Ausblick	55
Teil 1: Bestandsaufnahme	57
§ 2 Die Zirkulation von Fake News als soziales Problem	59
A. Begriffsdefinition Fake News	59
B. Empirische Untersuchung der Auswirkungen desinformativer Diskurstendenzen unter besonderer Berücksichtigung der „neuen Medien“	93
§ 3. Rechtliche Instrumentarien gegen Fake News de lege lata	159
A. Unzulänglichkeit zivilrechtlicher Unterlassungs-, Gegendarstellungs- und Schadensersatzansprüche gegen den Kommunikator	159
B. Haftung für fremde Beiträge	183
C. Medienrechtliches Regelungsregime	190
D. Das NetzDG auf dem Prüfstand: Unzulässiges Zensurmittel oder adäquates Handlungsinstrumentarium gegen Fake News? .	194

E. Maßnahmen auf der Ebene der Europäischen Union	248
F. Strafrecht als <i>ultima ratio</i>	267
Teil 2: Die Strafbarkeit von Fake News <i>de lege lata</i>	311
§ 4 Die Ehrschutzdelikte als Instrument gegen ehrenrührige Inhalte	313
A. Leitfälle	315
B. Personenmehrheiten als Verletzte	315
C. Öffentliche Meinung	317
D. Die Eignung zum Verächtlichmachen	319
E. Behaupten oder Verbreiten als Tathandlung – Täterschaft und Teilnahme bei modernen Internet-Interaktionen	329
F. Weitere Restriktionsmöglichkeiten: Verneinung des Kundgabevorsatzes, teleologische Reduktion und Verbotsirrtum	352
G. Gutgläubiges Verbreiten von Fake News als Sonderproblem von § 186 StGB – Erforderlichkeit eines Sorgfaltsvorstoßes auf Tatbestandsebene?	355
H. § 193 StGB – Rechtfertigung in Wahrnehmung berechtigter Interessen	360
I. § 187 StGB – Verleumdung und Kreditgefährdung	371
J. Qualifikationen	373
K. Prozessuales	377
L. Zusammenfassung des Schutzniveaus der Ehrschutzdelikte	377
§ 5 Staatsschutzdelikte	379
A. § 130 StGB – Volksverhetzung als Teilausschnitt hetzerischer Inhalte	379
B. § 126 StGB – Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	404

C. § 86 StGB – Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen	417
D. § 100a StGB – Landesverräterische Fälschung	418
§ 6 Straftaten gegen die Rechtspflege	423
A. § 145d StGB – Vortäuschen einer Straftat	423
B. § 164 StGB – Falsche Verdächtigung	430
§ 7 Delikte betreffend die unerlaubte Bildnisherstellung bzw. Verbreitung	437
A. § 201a StGB – Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen	437
B. § 33 KUG – Bildverbreitung entgegen §§ 22 ff. KUG	442
§ 8 Tatbestände bzgl. finanz- bzw. kapitalmarktrelevanter Desinformationen	445
A. §§ 119 Abs. 1, 120 Abs. 2 Nr. 3, Abs. 15 Nr. 2 WpHG i.V.m. Art. 15, 12 Abs. 1 lit. c, d MAR	445
B. § 331 HGB, § 400 AktG und § 399 AktG, § 16 UWG und §§ 263 ff. StGB	448
§ 9 Strafanwendungsrechtliche Implikationen bei der Begehung im Internet	451
A. Ubiquitätsprinzip als Anknüpfungspunkt	451
B. Verbreitungsdelikte im Internet als strafanwendungsrechtliche Problemgestaltungen	452
C. Zusammenfassende Analyse der de lege lata existenten strafrechtlichen Interventionsmöglichkeiten	461

Teil 3: Die Strafbarkeit von Fake News *de lege ferenda* 465**§ 10 Rechtsvergleichender Ansatz: Die Strafbarkeit
von Fake News in anderen Rechtsordnungen 467**

- A. Kontinentaleuropäischer Rechtskreis: Weitere Rechte der germanischen Rechtsfamilie am Beispiel Österreichs 470
- B. Kontinentaleuropäischer Rechtskreis: Romanische Rechtsfamilie 471
- C. Sozialistische Rechte: Russische Anti-Fake-Gesetze 482
- D. Common Law-Rechtskreis 484
- E. Zusammenfassung der rechtlichen Steuerungsmodelle 530
- F. Einordnung der deutschen Lösung des sozialen Konflikts 531

**§ 11 Rechtspolitische Aspekte: Inkriminierung zur
Vermeidung politischer Propaganda? 533**

- A. Latente Gefährdung des öffentlichen Diskurses im politischen Bereich 533
- B. Diskurstheoretische Überlegungen 537
- C. Notwendigkeit vor dem Hintergrund des *Idealtypus einer aufgeklärten Gesellschaft*: Staatlicher Paternalismus durch die Kriminalisierung? 543
- D. Unabdingbarkeit der Straffreiheit in einer freiheitlichen Demokratie? 549
- E. Positive und negative Nebeneffekte einer Kriminalisierung 583
- F. Vergleich mit der rechtlichen Gewährleistung der Authentizität journalistischer Inhalte 584
- G. Erforderlichkeit im internationalen Kontext: Beeinflussung durch fremde Rechtssysteme und den sog. „*Clash of Cultures*“ .. 584

§ 12 Rechtsgüterschutz als negativer Begrenzungsfaktor der Gesetzgebung	593
A. Historische Entwicklung	593
B. Umstrittenes Verständnis des Begriffs des Rechtsguts	603
C. Rechtstheoretische Konzeption: <i>Funktionen</i> der Lehre vom Rechtsgut	609
D. Deduktion der inhaltlichen Anforderungen	624
E. Prüfungsvoraussetzungen im Einzelnen	625
§ 13 Definition eines Rechtsguts als Anknüpfungspunkt der Gesetzgebung	629
A. Unbeeinflusster Meinungsbildungsprozess des Individuum als zu schützendes Rechtsgut	631
B. Evaluation weiterer greifbarer vorstrafrechtlicher Anknüpfungspunkte	643
C. Negative Abgrenzung nach den Vorgaben Roxins	647
D. Zusammenfassung	652
§ 14 (Straf-)Verfassungsrechtliche Implikationen – Von der Pönalisierbarkeit der Verbreitung von Desinformationen	653
A. Prüfungsimplikationen im Einzelnen	653
B. Verfassungsrechtliche Prüfung der Strafbewehrung der Verhaltensnorm	662
C. Zwang zur Pönalisierung? – vom Schutzauftrag der Grundrechte	692
§ 15 Strafrechtsgenetische Regelungsalternativen: Erweiterung bestehender oder Formulierung neuartiger Normen	701
A. Auftakt: Möglichkeiten der Strafrechtsgenese	703

B. Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes – Strafbarkeit der unbefugten Benutzung informationstechnischer Systeme ...	722
C. Ausgestaltung des Desinformationsverbreitungsstrafatbestands unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeitsanforderungen	732
D. Prozessual notwendige Folgeänderungen	751
§ 16 Schlussbetrachtung	753
A. Unbeeinflusster Meinungsbildungsprozess als Grundvoraussetzung der Demokratie – Schwächung des öffentlichen Diskurses	753
B. Erforderlichkeit der strafrechtlichen Ahndung zur Wahrung eines unbeeinflussten Meinungsbildungsprozesses	754
C. Zusammenfassung der Erkenntnisse in Thesen	756
D. An den Gesetzgeber gerichtete Empfehlung einer Neuregelung	761
Literaturverzeichnis	763

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung – Fake News als Mittel bewusster politischer, wirtschaftlicher und sozialer Beeinflussung	47
A. Problemaufriss	47
B. Zielsetzung	48
C. Gang der Untersuchung	50
D. Methodisches Vorgehen	54
E. Ausblick	55
Teil 1: Bestandsaufnahme	57
§ 2 Die Zirkulation von Fake News als soziales Problem	59
A. Begriffsdefinition Fake News	59
I. Fallbeispiele von in Deutschland zirkulierten Fake News	59
1. Fehlerhafte Zitate	59
2. Dekontextualisierung von visuellen Inhalten	60
3. Außenpolitisch brisante Fake News	60
4. Fake News in der Wirtschaft	61
5. Gewalt bewirkende Fake News	62
6. <i>Fake Science</i> bzw. gesundheitsgefährdende Fake News	62
II. Wortlautinterpretation	64
1. Interpretation <i>News</i>	65
a) Nur nachrichtlich aufbereitete Informationen?	65
b) Selektive Fakten und falsche Implikaturen	66
c) Interpretation als aktuelle Desinformation	68
d) Verbreitung im Internet respektive in den sozialen Medien als <i>ratio crescendi?</i>	69
2. Interpretation <i>Fake</i>	70

a) Intendierter Verbreitungszweck als Unterscheidungsmerkmal	71
b) Abgrenzung zu anderen Phänomenen	74
c) Satire und ähnliche Erscheinungen	74
d) <i>Poor Journalism</i> und andere Formen vernachlässigter Rechercheobligationen	76
e) Gonzo Journalism und New Journalism	77
III. Lügenpresse – Fake News als rhetorisch pervertierter Kampfbegriff	78
IV. Austauschen der Begrifflichkeit zur Umgehung der Abgrenzungsprobleme und Anforderungen an die Falsifität .	81
V. <i>Hate Speech</i> und andere Begleiterscheinungen	83
VI. Kontextuelle Entwicklung – Von Wikileaks, Konspirationstheorien und dem Aufstieg satirischer und alternativer Medien	84
VII. Gutgläubiges Weiterverbreiten von Fake News	86
VIII. Typologie von Fake News	87
XI. <i>Deepfakes</i> – Fake News 2.0	90
1. Erläuterung der Funktionsweise	90
2. Positive und negative Verwendungsszenarien	90
3. Detektionsmöglichkeiten und Regulierungsoptionen	91
4. Fazit	92
B. Empirische Untersuchung der Auswirkungen desinformativer Diskurstendenzen unter besonderer Berücksichtigung der „neuen Medien“	93
I. Historische Entwicklung von Falschmeldungen: Alter Wein in neuen Schläuchen	93
II. Potenzierungsfaktor „Neue Medien“	98
III. Verändertes Rezeptionsverhalten	101
1. Nachrichtenkonsum in sozialen Netzwerken	103
2. Veränderte Machtdynamik am Informationsmarkt	105
3. Beförderung heuristischer Informationsverarbeitungsmodi	105
IV. Verbreitungswege von Desinformationen	107

1.	Viral Seeding	107
2.	Von Robotern und Algorithmen – <i>Social Bots</i>	110
3.	Von Trollen und Trollarmeen	113
V.	Polarisierung und Extremisierung der Bevölkerung durch das geänderte Rezeptionsverhalten	115
VI.	Filter- respektive Informationsblasenbildung	117
1.	Peripherer Informationskosmos durch die (automatisierte) Vorselektion	118
a)	Kurzzusammenfassung der Kritik	118
b)	Funktionsweise des <i>Rankings</i> respektive der Personalisierung	119
c)	Personalisierung als ökonomisches Ziel der Unternehmen	120
d)	Maximierung von Werbeeinnahmen durch sogenanntes <i>Microtargeting</i>	121
e)	Auswirkungen einer Filterblasenbildung	122
f)	Untersuchungen hinsichtlich der Heterogenität der selektierten Inhalte	122
aa)	Behaviorale Studie von Facebookinhalten	122
bb)	Heterogene Aufmerksamkeitsverteilung im Internet	123
cc)	Multiple, thematisch geprägte Filterblasen	124
dd)	Ideologisch segregiertes Informationsangebot existiert seit jeher	125
2.	Kognitive Verzerrungen, welche die Filterblasenbildung begünstigen	129
3.	Dynamik der Filterblasen in der digitalen Welt	131
VII.	Echokammern – Autopropaganda anhand der eigenen Überzeugungen	133
1.	Von Filterblasen zu Echokammern – Folgen der Priorisierung sozialer Interaktion mit Gleichdenkenden .	133
2.	Psychologische Reaktionsmuster, welche die Bildung von Echokammern begünstigen	135

VIII.	Wiederholung von Informationen als Katalysator – <i>Sleeper Effect und Illusory Truth Effect</i>	136
1.	Sleeper Effect	136
2.	Illusory Truth Effect	137
3.	Reaktanz durch Wiederholung	138
4.	Rezipientengruppen der gezeigten Phänomene	138
IX.	Desinformationen als Katalysator fehlerhafter Erinnerungen – <i>Misinformation Effect und ideologische Kongruenz</i>	139
X.	Desinformationen begünstigende politische und gesellschaftliche Prädispositionen	141
XI.	Psychowissenschaftlich erklärbare destruktive Tendenzen inflationär gestreuter Desinformationen	142
XII.	Auflösen der Filterblasen – Ein Schritt zu mehr Weltoffenheit?	142
XIII.	Empirische Betrachtung – Beeinflussung des Wählerverhaltens durch automatisierte Informationsselektion	145
1.	Beeinflussung der Nachrichtenrezeption	145
2.	Beeinflussung durch Desinformationen	146
3.	Studien, die Zweifel an der Durchschlagskraft begründen	147
a)	Studien im US-amerikanischen Raum	147
aa)	Untersuchung auf Twitter (US- Präidentschaftswahl 2016)	147
bb)	Untersuchung auf Facebook (US- Präidentschaftswahl 2016)	148
cc)	Untersuchung des Surfverhaltens von Nutzern	148
dd)	Studie zu den Auswirkungen sozialer Medien auf die Wahrheitsgenauigkeit	149
ee)	Kritik an der Interpretation der Studien	150
b)	Studien im europäischen und im deutschen Raum ...	152
aa)	COMPROMPT Studie betreffend Junk News (Europawahlen 2019)	152
bb)	COMPROMPT Studie (Bundestagswahl 2017)	153

cc) SNV Studien (Bundestagswahl 2017)	154
4. Zusammenfassung: Konfrontation mit Desinformationen	154
XIV. Soziale Medien als Echtzeitmedien und Anonymitätscluster	155
XV. Zusammenfassung: Beeinflussungspotential von Fake News	156
§ 3. Rechtliche Instrumentarien gegen Fake News de lege lata	159
A. Unzulänglichkeit zivilrechtlicher Unterlassungs-, Gegendarstellungs- und Schadensersatzansprüche gegen den Kommunikator	159
I. Geschützte Rechte	160
1. Ausflüsse des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	160
a) Schutz gegen Entstellungen des Lebensbildes und der Identität	160
b) Schutz vor fälschlichen Zuschreibungen von Mitgliedschaften	161
c) Recht am eigenen Wort	162
2. Unternehmenspersönlichkeitsrecht respektive Persönlichkeitsrecht von Personenvereinigungen	163
3. Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	163
II. Rechtswidrigkeit	166
1. Rechtfertigung von Beeinträchtigungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	166
2. Rechtfertigung von Beeinträchtigungen des Rechts am eigenen Bild	169
III. Die verschiedenen Ansprüche und Rechtsfolgen	170
IV. Zurechnung des Verhaltens	177
V. Prozessuelles	179
VI. Evaluation des Schutzgehalts	181
B. Haftung für fremde Beiträge	183

I.	Providerhaftung als rechtsdogmatisches Problem	183
1.	Kurzübersicht der §§ 7 ff. TMG	183
2.	Haftung der Content-Provider	184
3.	Haftung der Network- und Access-Provider	185
4.	Haftung der Host-Provider	186
II.	Haftung likender und teilender Nutzer	189
C.	Medienrechtliches Regelungsregime	190
I.	Der Gegendarstellungsanspruch	190
II.	Telemedien mit journalistisch-redaktionell gestalteten Angeboten	193
III.	Kritik der Schutzauglichkeit	194
D.	Das NetzDG auf dem Prüfstand: Unzulässiges Zensurmittel oder adäquates Handlungsinstrumentarium gegen Fake News? .	194
I.	Regelungsgegenstand des NetzDG	195
1.	Rechtswidrige Inhalte	195
2.	Berichtspflichten	196
3.	Verfahren bei Beschwerden	196
4.	Bußgeldvorschriften	198
5.	Regelungen zur Zuständigkeit und zum Verfahrensablauf	198
6.	Defizitärer Straftatenkatalog hinsichtlich der Verbreitung von Desinformationen	199
7.	Änderungen im TMG	199
II.	Europarechtswidrigkeit und Verfassungswidrigkeit: Das NetzDG als rechtswidriger Schnellschuss?	200
1.	Formelle Verfassungsmäßigkeit:	201
a)	(Fehlende) Gesetzgebungskompetenz des Bundes	201
b)	Bestimmtheitsbedenken	203
2.	Materielle Verfassungsmäßigkeit	204
a)	Eingriff in den Schutzbereich der Meinungsfreiheit der Plattformnutzer	204
aa)	Eröffnung des Schutzbereichs	204
bb)	Eingriff	205

(1) <i>Chilling Effects</i> als mittelbarer Eingriff	205
(2) Beförderung von <i>Overblocking</i> als mittelbarer Eingriff	206
[i] Overblocking als naheliegende Folge ...	206
[ii] Argumente gegen einen Eingriff	207
[iii] Fehlende Rechtsschutzmöglichkeiten der Kommunikatoren erhöhen Overblocking-Risiken	207
b) Eingriff in die Berufs- respektive Dienstleistungsfreiheit der Plattformbetreiber	208
c) Verletzung des Justizgewährungsanspruchs aus Art. 20 Abs. 3 GG	208
d) Verletzung des Zensurverbots	211
e) Verletzung des Gleichheitssatzes	211
f) Kritik aus europarechtlicher Perspektive	212
g) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung am Beispiel der Meinungsfreiheit	213
aa) Schranken der Meinungsfreiheit – Allgemeines Gesetz	213
bb) Schranken-Schranken: Insbesondere Verhältnismäßigkeit	215
(1) Legitimer Zweck	215
(2) Geeignetheit	216
(3) Erforderlichkeit	216
(4) Angemessenheit	217
h) Verletzung sonstiger verfassungsrechtlicher Anforderungen: Rechtsstaatsgebot	219
3. Zusammenfassung	220
III. Das NetzDG in der Rechtswirklichkeit	221
1. Daten zu eingegangenen Beschwerden	221
2. Untersuchungen der klassischen Medien	223
3. Infrastruktur des Beschwerdeverfahrens	223
4. Publik gewordene Overblocking-Sachverhalte	224

5. Transparenzberichte	225
IV. Zweckmäßigkeit und Effektivität zur Prävention von Fake News	229
V. Vorschläge zur Anpassung des NetzDG	233
1. Vorschläge aus der Literatur	233
2. Vorschläge der Fraktionen anlässlich der Ausschusshörung 2019	234
3. Evaluierungsbericht des Bundesministeriums für Justiz und für Verbraucherschutz	235
4. Anpassung des NetzDG durch den Gesetzgeber im Jahr 2021	236
a) Neuregelungen	236
b) Verfassungswidrigkeit der Regelungen zur Bestandsdatenauskunft und diesbezügliches Änderungsgesetz	239
5. Evaluation der Verbesserungsvorschläge	242
VI. Unzulänglichkeit von Löschungsmechanismen	245
E. Maßnahmen auf der Ebene der Europäischen Union	248
I. Verhaltenskodex gegen Desinformationen	249
II. Aktionsplan gegen Desinformationen – Dezember 2018	250
III. Berichtsergebnisse der Unterzeichner des Verhaltenskodex	251
1. Berichtszeitraum bis zum 31.12.2018	251
2. Berichtszeitraum bis einschließlich April 2019	254
a) Maßnahmen von Facebook im Berichtszeitraum	255
b) Maßnahmen von Twitter im Berichtszeitraum	255
3. Berichtszeitraum bis September 2019	256
4. Berichtszeitraum bis September 2020	257
5. Weitere Maßnahmen anlässlich der COVID-19-Pandemie	257
6. Bewertung der Ergebnisse der Selbstregulierung	258
IV. Aktualisierter Verhaltenskodex gegen Desinformationen	260
V. Selbstverpflichtung im Rahmen einer transatlantischen Initiative	260
VI. Digital Services Act und Digital Markets Act	261
1. Digital Services Act	263

2.	Digital Markets Act	264
3.	Bewertung des Verordnungspakets	265
VII.	Bewertung der europäischen Lösung	265
F.	Strafrecht als <i>ultima ratio</i>	267
I.	Außerstrafrechtliche Steuerungsmodelle	268
1.	Eigeninitiative Selbstregulierungsbestrebungen der sozialen Medien am Beispiel von Facebook	268
a)	Automatische Detektionsmechanismen unter Rückgriff auf maschinelles Lernen und künstliche Intelligenz	268
b)	Aufdeckung von Desinformationskampagnen und von Social Bots, die desinformative Inhalte zirkulieren	272
c)	Keine hinreichende eigeninitiative Verantwortungsübernahme seitens der Netzwerke im politischen Bereich	272
2.	<i>Faktenprüfung</i> als Problemlösung im Rahmen der Selbstregulierung	274
a)	Effektivität von Faktenprüfung	274
b)	Faktenprüfung 2.0: Blockchain-Technologie	276
c)	Technologiegestützte Faktenprüfung	278
d)	Bösgläubige Akteure profitieren zugleich vom technischen Fortschritt	279
e)	Faktenprüfung zeitlich nachgelagert	281
f)	Faktenprüfung als Kampfbegriff	281
g)	Zusammenfassung	282
3.	<i>Prebunking</i> : Medienaufklärung und Medienbildung	282
a)	Problemlösungskompetenz der Bürger: Debunking durch private Nutzer als realistisches Ziel der Medienaufklärung?	283
b)	Eigene Aufklärungsarbeit der sozialen Medien	286
c)	Beschränkter Adressatenkreis von Medienaufklärung	287
d)	Der Fall Relotius – Faktische Grenzen von Gegenaufklärungsmaßnahmen	289

e) Subtile Desinformationen als Problemfeld	291
f) Medienaufklärung wegen der Reaktionsmuster kaum erfolgversprechend	291
g) Studie zu den Auswirkungen der Hinweise von Facebook zur Identifikation von Falschinformationen	291
h) Zusammenfassung	292
4. Kennzeichnung von Desinformationen bzw. der Vertrauenswürdigkeit der Inhalte	292
a) Kennzeichnung als <i>Disputed</i>	293
aa) Kennzeichnung bei der <i>passiven Rezeption</i>	293
bb) Warnhinweise <i>vor</i> dem Zirkulieren	295
b) Kennzeichnung von Desinformationen als Satire	296
c) Zusammenfassung	296
II. Rechtliche Steuerungsmodelle	297
1. Neuregelungen im zivilrechtlichen einstweiligen Rechtsschutz	297
2. Implementierung von Schiedsgerichten	298
3. Rechtliche Verankerung eines Bewertungssystems	299
4. Verpflichtung der Informationsintermediäre zur Anwendung eines <i>Gemeinwohl-Algorithmus</i>	300
5. Umfassende medienrechtliche Gleichstellung	300
a) Kritik an einer umfassenden Gleichstellung	301
b) Medienstaatsvertrag	302
aa) Übersicht über die relevanten Regelungen	302
(1) Regelungen betreffend <i>Medienintermediäre</i> ..	302
(2) Telemedien mit journalistisch- redaktionell gestalteten Angeboten	304
bb) Kritik in der Literatur und eigene Bewertung ...	304
6. Datenschutz- und Wettbewerbsrecht sowie Regulierung des digitalen Wahlkampfs	306

7. Verpflichtung der Plattformen zum Zugänglichmachen von Informationen zu Forschungszwecken	309
Teil 2: Die Strafbarkeit von Fake News <i>de lege lata</i>	311
§ 4 Die Ehrschutzdelikte als Instrument gegen ehrenrührende Inhalte	313
A. Leitfälle	315
I. Künast's angebliches Gutmenschenstum (Leitfall 1)	315
II. Spahn's Beschwichtigung (Leitfall 2)	315
III. Obama's Konfessionszugehörigkeit (Leitfall 3)	315
B. Personenmehrheiten als Verletzte	315
I. Kollektivbeleidigung von Personengemeinschaften	315
II. Individualbeleidigung unter einer Kollektivbezeichnung	316
C. Öffentliche Meinung	317
D. Die Eignung zum Verächtlichmachen	319
I. <i>Streng faktischer</i> Ehrbegriff	319
II. <i>Normativer</i> Ehrbegriff	320
III. <i>Dualistischer</i> Ehrbegriff	321
IV. Notwendigkeit einer dualistischen Betrachtung	322
V. Substantiierung eines dualistischen Verständnisses: Normativierung des Faktischen durch die Widerspruchsfreiheit mit Verfassungswerten	323
1. Grenzen dieser Differenzierung am Beispielsfall des OLG Karlsruhe zum Schwangerschaftsabbruch	324
2. Kritik an der Ansicht von Hoven	325
3. Kritik anderer Autoren an der Entscheidung	325
4. Skizze einer Differenzierung: Plädoyer für eine Austarierung der kollidierenden Grundrechtspositionen im Einzelfall	327
VI. Zusammenfassung: Dualistischer Ehrbegriff und Desinformationen	328

E. Behaupten oder Verbreiten als Tathandlung – Täterschaft und Teilnahme bei modernen Internet-Interaktionen	329
I. Beteiligungsrechtliche Bewertung von Facebook-Interaktionen	331
1. Betätigen des Teilen-Buttons	331
2. Betätigen des Gefällt mir-Buttons	333
a) Ermittlung des Aussagegehalts nach dem Empfängerhorizont	333
b) Beteiligungsstrafrechtliche Bewertung	334
aa) Auffassungen zu § 185 StGB (insbesondere Erfordernis der Kundgabe eigener Missachtung) ..	335
bb) Bewertung bei § 186 StGB	336
c) Zusammenfassung: Täterschaftliche Bewertung eines Likes	337
II. Strafrechtliche Providerhaftung	338
1. Taugliche Tathandlung	338
2. Bewertung als täterschaftlicher Tatbeitrag?	340
III. Beteiligungsrechtliche Bewertung von externen Verlinkungen	343
IV. Möglichkeit sukzessiver Beihilfe – Beendigungszeitpunkt moderner Kommunikationsformen am Beispiel von Ehrverletzungen ..	344
1. Taugliche Beihilfehandlung	345
2. Teilnahmefähigkeit der Haupttat – sukzessive Beihilfe	345
3. Keine neutrale Beihilfe	347
a) Subjektive Ansätze	348
b) Objektive Ansätze	349
c) Gemischt objektiv-subjektiver Ansatz bei Roxin und in der Rechtsprechung	350
d) Vorliegen einer neutralen Handlung	351
F. Weitere Restriktionsmöglichkeiten: Verneinung des Kundgabevorsatzes, teleologische Reduktion und Verbotsirrtum	352

G. Gutgläubiges Verbreiten von Fake News als Sonderproblem von § 186 StGB – Erforderlichkeit eines Sorgfaltsvorstoßes auf Tatbestandsebene?	355
H. § 193 StGB – Rechtfertigung in Wahrnehmung berechtigter Interessen	360
I. Voraussetzungen im Einzelnen	361
II. Abgrenzung zwischen Tatsachen und Werturteilen	365
III. Relevanz für das Verbreiten von Fake News	370
I. § 187 StGB – Verleumdung und Kreditgefährdung	371
J. Qualifikationen	373
I. Öffentliche Begehung oder Begehung durch das Verbreiten von Schriften	373
II. § 188 StGB – Üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens	376
K. Prozessuale	377
L. Zusammenfassung des Schutzniveaus der Ehrschutzdelikte	377
§ 5 Staatsschutzdelikte	379
A. § 130 StGB – Volksverhetzung als Teilausschnitt hetzerischer Inhalte	379
I. Leitfälle	380
1. Die vergewaltigenden Flüchtlinge (Leitfall 1)	380
2. Asylbewerber als Drogenhändler (Leitfall 2)	380
II. Taugliche Angriffsobjekte	380
III. § 130 Abs. 1 StGB	383
1. Tathandlung im Sinne von Abs. 1	383
a) Agitationstatbestand des Abs. 1 Nr. 1	383
aa) Auffordern zu Gewalt oder Willkürmaßnahmen ..	383
bb) Aufstacheln zum Hass	383
(1) Fake News als neutrale Tatsachendarstellung	383
(2) Restriktionsansatz des BGH	384

(3) Schutzgutorientierte Auslegung als Kritik an diesem Ansatz	384
(4) Wortlautorientierte Auslegung	386
(5) Intention des Äußernden als Restriktionsansatz	387
b) Herabwürdigungstatbestand des Abs. 1 Nr. 2 StGB	388
aa) Var. 3 – Verleumden	388
(1) Inhaltliche Anforderungen	389
(2) Extensive Auffassungen in Literatur und Rechtsprechung	390
(3) Fake News als Angriff gegen die Menschenwürde	391
[i] Denkbare Fallkonstellationen	391
[ii] Einzelfälle in der Rechtsprechung	392
[iii] Relevante Begleitumstände in der Rechtsprechung	392
[iv] Auslegung mehrdeutiger Äußerungen	393
[v] Subsumption ausländerfeindlicher Fake News	393
bb) Var. 1 und 2 – Beschimpfen und böswilliges Verächtlichmachen	394
1. Konkrete Eignung zur Störung des öffentlichen Friedens .	394
a) Empfänglichkeit der Öffentlichkeit für die Angriffe ..	394
b) Kein Erfordernis öffentlicher Tatbegehung	395
c) Verbreiten im Internet – Indikation der Wahrnehmung seitens einer breiten Öffentlichkeit ...	396
d) Mittelbare Angriffe auf im Inland befindliche Gruppen	398
IV. § 130 Abs. 2 StGB	400
V. § 130 Abs. 3 StGB	401
VI. § 130 Abs. 4 StGB	402
VII. Zusammenfassung	402
IX. Bewertung des Schutzniveaus	403

B. § 126 StGB – Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	404
I. § 126 Abs. 2 als für Fake News relevante Regelung	404
II. Leitfälle	405
1. Die Warnung vor bevorstehenden Terroranschlägen (Leitfall 1)	405
2. Der erfundene Terroranschlag in Mannheim (Leitfall 2) ..	405
III. Die Tathandlung des Vortäuschens	406
IV. Anforderungen an die bevorstehende Tat	407
V. Eignung zur Störung des öffentlichen Friedens	407
1. Berücksichtigungsfähige Umstände	408
2. Mögliche zu Friedensstörungen führende Maßnahmen ...	408
3. Rechtsprechung zur allgemeinen Beunruhigung	409
VI. Subjektive Tatseite	410
VII. Subsumption der Leitfälle	410
1. Die Warnung vor bevorstehenden Terroranschlägen (Leitfall 1)	410
a) Fehlende Deliktsspezifizierung in der Äußerung ..	410
b) Zeitliche Tatnähe nicht erkennbar	414
2. Der erfundene Terroranschlag in Mannheim (Leitfall 2) ..	414
VIII. Zusammenfassung des Schutzniveaus	416
C. § 86 StGB – Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen	417
D. § 100a StGB – Landesverräterische Fälschung	418
I. Taugliches Tatobjekt und taugliche Tathandlung	419
II. Taterfolg	420
III. Subjektive Tatseite	421
IV. Zusammenfassung des Schutzniveaus	421

§ 6 Straftaten gegen die Rechtspflege	423
A. § 145d StGB – Vortäuschen einer Straftat	423
I. Leitfälle für die §§ 145d, 164 StGB	423
1. Der erfundene Terroranschlag (Leitfall 1)	423
2. Die behauptete Vergewaltigung (Leitfall 2)	423
3. Der erfrorene Flüchtling (Leitfall 3)	423
4. Die Silvesterfeuerwerk in der Reinoldikirche (Leitfall 4) ..	424
II. Schutzzweck	425
III. Rechtswidrige Tat und tauglicher Adressat der Tathandlung	425
IV. Mittelbare Kenntnisverschaffung	426
V. Mittelbare Weitergabe nach herrschender Auffassung ausreichend	426
1. Strafrechtsdogmatische Lösung des OLG Braunschweig ..	427
2. Kritik an der Lösung des OLG Braunschweig	427
3. Gemeisame Schnittmenge der Ansichten	428
VI. Subsumption der Leitfälle	428
VII. Subjektive Tatseite	429
VII. Evaluation des von § 145d StGB ausgehenden Schutzes	430
B. § 164 StGB – Falsche Verdächtigung	430
I. Schutzgut	431
II. Objektive Voraussetzungen im Einzelnen	431
1. Öffentliches Verdächtigen	432
2. Kein unmittelbares Verdächtigen vor der zuständigen Behörde notwendig	432
3. Weitergabe fremder Informationen	433
III. Subjektive Voraussetzungen	433
1. Verdächtigung wider besseres Wissen	433
2. Zusätzliche Voraussetzung im Falle mittelbarer Verdächtigung	434

3. Verstrickungsabsicht	434
a) Kritik am behaupteten kriminalpolitischen Bedürfnis für die Tatbestandsmäßigkeit von sicherem Wissen	434
b) Subsumtion relevanter Fallgestaltungen	435
aa) Oftmals keine Verstrickungsabsicht	435
bb) Zumeist keine bestimmte Person verdächtigt	435
c) Schutzlücken begünstigen Einlassungsgeschick	436
IV. Zusammenfassung	436
 § 7 Delikte betreffend die unerlaubte Bildnisherstellung bzw. Verbreitung	437
A. § 201a StGB – Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen	437
I. Unverfälschtes Bildmaterial	437
1. Erfasste Aufnahmen	437
2. Eignung zur Schädigung und Erheblichkeitserfordernis	439
3. Subsumption denkbarer Fallgestaltungen	440
II. Deepfakes	441
III. Strafprozessuale	442
B. § 33 KUG – Bildverbreitung entgegen §§ 22 ff. KUG	442
 § 8 Tatbestände bzgl. finanz- bzw. kapitalmarktrelevanter Desinformationen	445
A. §§ 119 Abs. 1, 120 Abs. 2 Nr. 3, Abs. 15 Nr. 2 WpHG i.V.m. Art. 15, 12 Abs. 1 lit. c, d MAR	445
B. § 331 HGB, § 400 AktG und § 399 AktG, § 16 UWG und §§ 263 ff. StGB	448

§ 9 Strafanwendungsrechtliche Implikationen bei der Begehung im Internet	451
A. Ubiquitätsprinzip als Anknüpfungspunkt	451
B. Verbreitungsdelikte im Internet als strafanwendungsrechtliche Problemgestaltungen	452
I. Restriktive Auslegungsvariante: Von den <i>erfolglosen</i> abstrakten Gefährdungsdelenkten	452
II. Extensive Auslegungsansätze	453
1. Reine Abrufbarkeit untauglicher Anknüpfungspunkt	453
2. Abstellen auf einen <i>Tat handlungserfolg</i> im Sinne Siebers ..	453
a) Inhalt des Ansatzes	453
b) Kritik	454
3. Kein Offenlassen der strafanwendungsrechtlichen Problematik im Falle eines neuen, auf Konkurrenzebene vorgehenden Tatbestandes	455
4. Subjektive Abgrenzungsansätze	455
5. Inlandsbezug der Tat als tauglicher Anknüpfungspunkt ..	456
6. Rechtsprechungswandel des BGH und gesetzgeberische Klarstellung	457
7. Restriktion durch Kompetenzregelungen – Die Zukunftsvisions von Wörner	458
III. Ergebnis der strafanwendungsrechtlichen Untersuchung ...	459
C. Zusammenfassende Analyse der de lege lata existenten strafrechtlichen Interventionsmöglichkeiten	461
I. Rechtsschutzlücken für den Bereich des Verbreitens nicht inkriminierter Inhalte	461
II. Aufstockung der personellen und sachlichen Ressourcen der Strafverfolgungsbehörden aufgrund des defizitären strafrechtlichen Schutzniveaus unzureichend	463

Teil 3: Die Strafbarkeit von Fake News *de lege ferenda* 465

§ 10 Rechtsvergleichender Ansatz: Die Strafbarkeit von Fake News in anderen Rechtsordnungen	467
A. Kontinentaleuropäischer Rechtskreis: Weitere Rechte der germanischen Rechtsfamilie am Beispiel Österreichs	470
B. Kontinentaleuropäischer Rechtskreis: Romanische Rechtsfamilie	471
I. Italienischer Gesetzesentwurf zur Strafbarkeit von Fake News	471
1. Straftatbestände im Einzelnen	472
2. Flankierende regulatorische Maßnahmen	473
3. Kritik an dem Entwurf	474
II. Rechtslage in Frankreich	475
1. De lege lata existierende Gesetze	475
a) Straftatbestand im Pressefreiheitsgesetz	475
b) Gesetzespaket gegen gezielt gestreute Falschinformationen	476
aa) Regelungsgehalt	476
bb) Hintergründe der jüngeren Gesetzgebung sowie diesbezügliches Echo in Politik und Wissenschaft	478
c) Gesetz zur Bekämpfung von Hassinhalten im Internet	479
1. Eigene Bewertung	480
a) Gesetzespaket gegen gezielt gestreute Falschinformationen	480
b) Gesetz zur Bekämpfung von Hassinhalten im Internet	481
C. Sozialistische Rechte: Russische Anti-Fake-Gesetze	482
D. Common Law-Rechtskreis	484

I.	Irischer Gesetzesentwurf zur Einführung eines Straftatbestandes betreffend das Verbreiten von Fake News	484
II.	Großbritannien	484
1.	Rechtslage de lege lata	484
2.	Weitere Vorhaben	486
III.	Fake News im US-amerikanischen Strafrecht	487
1.	Ermittlungen gegen ausländische Desinformationskampagnen	487
2.	Weitere Gesetzgebung und Vorhaben	488
3.	Gesetzgebung betreffend Desinformationskampagnen im politischen Bereich und die diesbezügliche Rechtsprechung	490
a)	Bestehende Regelungen	490
aa)	Falsche Kampagnen- oder Werbeinhalte	492
(1)	Beispiel Minnesota	492
(2)	Beispiel Oregon	493
bb)	Weitere strafrechtlich regulierte Bereiche	494
b)	Verfassungsrechtliche Bedenken und Anfechtungen von Gesetzen, die Aussagen bzgl. bestimmter Themen verbieten	495
aa)	Gerichtliche Anfechtungen	495
bb)	Schutzmfang des 1. Zusatzartikels: Sind falsche Aussagen erfasst?	498
(1)	Anti-Korruptionsgesetz in Kentucky	498
(2)	Gesetz betreffend unwahre Tatsachenbehauptungen über den Erhalt der Ehrenmedaille	499
cc)	Auffassungen zur Judikatur in der Wissenschaft	501
(1)	Darstellung der Auffassungen im Einzelnen	501
[i]	Die extensive Auffassung von Zenor	501
[ii]	Striktere Auffassung von Sellers	504

[iii] Strikte Auffassung von Hasen: Pönalisierung von Election Speech	505
[iv] Libertäre Auffassungen zu Diffamierungsgesetzen im politischen Kontext	507
[v] Auffassungen zur (weitestgehenden) Aufrechterhaltung des status quo	508
[vi] Auffassungen zur Regulierung abseits des Strafrechts	509
(2) Zusammenfassung und gesellschaftliche Verankerung der liberalen Interpretation der Meinungsfreiheit	509
4. Legislative Maßnahmen zur Inanspruchnahme der Plattformen	510
a) Regelungsgegenstand von § 230(c) Communications Decency Act	511
b) Vorgaben des Dekrets von Trump	511
c) Bewertung	512
d) Gesetzesentwurf des US-amerikanischen Justizministeriums	512
aa) Aufhebung des Haftungsprivilegs im Falle unterlassener Löschung von rechtswidrigen Inhalten	512
bb) Haftung für die (unrechtmäßige) Entfernung von Inhalten	513
e) Weitere Gesetzesentwürfe zur Änderung von § 230(c) Communications Decency Act	513
5. Zusammenfassung und Evaluation der Maßnahmen in den USA	515
IV. Fake News im kanadischen Strafrecht	518
V. Singapur	521
I. Inhalt des Gesetzes	521
a) Legaldefinitionen	521

b) Verbot der Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen	522
c) Berichtigungs- und Löschungsverlangen	523
aa) Gegenüber den Kommunikatoren	523
bb) An die Internetintermediäre	524
d) Kennzeichnung von Onlineplätzen, auf denen direktionswidrige Inhalte verbreitet wurden	524
e) Verschiedentliche weitere Verpflichtungen	525
1. Kritik an dem Gesetzesentwurf	526
2. Eigene Bewertung	528
E. Zusammenfassung der rechtlichen Steuerungsmodelle	530
F. Einordnung der deutschen Lösung des sozialen Konflikts	531

§ 11 Rechtspolitische Aspekte: Inkriminierung zur Vermeidung politischer Propaganda? 533

A. Latente Gefährdung des öffentlichen Diskurses im politischen Bereich	533
I. Auswirkungen desinformativer Interferenzen in der politischen Landschaft	533
II. Unabdingbarkeit der Regulierung aufgrund interdisziplinärer Erkenntnisse: Entfremdung der Meinungslager und Ineffektivität von Löschungs- und Richtstellungsmechanismen	536
B. Diskurstheoretische Überlegungen	537
I. Verändertes Konsumverhalten: Nachrichtenkonsum durch soziale Netzwerke und andere moderne Medien	537
II. Die <i>Krise des Qualitätsjournalismus</i> und der klassischen Medien – Notwendige Bedingung einer Desinformationsökonomie	539
1. Studien über die US-amerikanische Bevölkerung	539
2. Studien über die deutsche Bevölkerung	540
3. Der Fall Relotius als Katalysator für einen Vertrauensverlust	541

4. Vertrauensverlust als latente Gefahr	542
5. Konsequenzen eines möglichen Vertrauensverlusts	542
III. Verspätete Regulierung sozialer Netzwerke macht es unmöglich, nunmehr allein diese in die Verantwortung zu nehmen	543
C. Notwendigkeit vor dem Hintergrund des <i>Idealtypus einer aufgeklärten Gesellschaft</i> : Staatlicher Paternalismus durch die Kriminalisierung?	543
I. Forschungsprojekt der TU Darmstadt	544
II. Von PwC durchgeführte Bevölkerungsumfrage anlässlich der Europawahlen 2019	545
III. Deloitte Cyber Security Report 2019	546
IV. Forsa Umfragen	546
V. Eurobarometer-Umfrage	547
VI. Studie der Nichtregierungsorganisation Avaaz	548
VII. Studie zu den Auswirkungen von COVID-19	549
VIII. Zusammenfassung	549
D. Unabdingbarkeit der Straffreiheit in einer freiheitlichen Demokratie?	549
I. Philosophische Hintergründe	549
1. Einführung: Die Wahrheit in der Philosophie	550
2. Wahrheitstheorien im Einzelnen	551
a) Korrespondenztheorie	551
aa) Russell'sche Wahrheitstheorie	551
bb) Widerspiegelungstheorie	552
b) Subjektimmanente Wahrheitstheorien	552
aa) Kohärenztheorie	552
bb) Pragmatismus	553
c) Konsentheorie als sprachpragmatische Wahrheitstheorie	554
d) Evidenztheorie	554
e) Schlussfolgerungen	555

II.	Analyse des Schutzes der Meinungsfreiheit in der verfassungsrechtlichen Werteordnung	557
1.	Grundlegende Bedeutung der Meinungsfreiheit für die Demokratie	558
2.	Analyse der Wechselbezüglichkeit von Tatsachen und Meinungen	561
3.	Libertäre Interpretation der Meinungsfreiheit auch in anderen Äußerungsbereichen	563
III.	<i>Wertvergleichende</i> Rechtsvergleichung: Regulierung von Fake News in ausgewählten autoritären Staaten	565
1.	Common Law-Rechtskreis (Commonwealth)	565
a)	Indien	565
aa)	Gesetzliche Regelungen	566
(1)	Aufgehobener § 66-A des Information Technology Act	566
(2)	Geplante regulatorische Intervention – Akkreditierungsentzug von Journalisten	567
(3)	Weitere für Fake News relevante Tatbestände im indischen Strafrecht	568
bb)	Sozio-kulturelle Besonderheiten des Vergleichssystems	569
(1)	Reaktionen der sozialen Medien auf durch Fake News ausgelöste Gewalttaten	569
(2)	Medienkompetenz der indischen Bevölkerung	570
b)	Malaysia	572
aa)	Inhalt des Gesetzes	572
bb)	Kritik an der Regelung	572
cc)	Aufhebung des Gesetzes	573
1.	Afrikanischer Rechtskreis	574
a)	Kenia	574
b)	Von weiteren tödlichen Fake News in Nigeria	576

1. Fernöstlicher Rechtskreis	577
a) Thailand	577
b) Myanmar	578
2. Hybride Rechtssysteme: Philippinen sowie weitere Gesetzesvorhaben in Südostasien	579
3. Schlussfolgerungen aus der wertvergleichenden Rechtsvergleichung	582
E. Positive und negative Nebeneffekte einer Kriminalisierung	583
F. Vergleich mit der rechtlichen Gewährleistung der Authentizität journalistischer Inhalte	584
G. Erforderlichkeit im internationalen Kontext: Beeinflussung durch fremde Rechtssysteme und den sog. „Clash of Cultures“ ..	584
I. Empirie: Entwicklung staatlicher Desinformationstätigkeit	585
II. Desinformationsaktivitäten staatsnaher russischer Medien	585
III. Desinformationsaktivitäten aus der Volksrepublik China: Der Einstieg des „schlafenden Riesen“ in die moderne Propagandapolitik	589
IV. Fazit: Reale Gefährdung durch ausländische Desinformationskampagnen	591
§ 12 Rechtsgüterschutz als negativer Begrenzungsfaktor der Gesetzgebung	593
A. Historische Entwicklung	593
I. Aufklärerische Erklärungsversuche	593
II. Erstmalige Erwähnung bei <i>Birnbaum</i>	594
III. Manifestation der Rechtsgutslehre bei <i>Jhering</i> , <i>Binding</i> und <i>von Liszt</i>	595
1. Gesetzespositivistischer Ansatz von <i>Binding</i>	596
2. Theorie des objektiven Unrechts bei <i>Jhering – Zweckgedanke im Recht</i>	596
3. Transjuristische Fortentwicklung bei <i>von Liszt</i>	596
IV. Entwicklung im Nationalsozialismus	597

V.	Streit um die Berechtigung eines systemkritischen Rechtsgutsbegriffs ab den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts	598
1.	Personaler Rechtsgutsbegriff bei <i>Marx</i> und <i>Hassemer</i>	598
2.	Dualistische Konzeption bei Tiedemann	599
3.	Theorie der Sozialschädlichkeit bei Amelung	599
4.	Sozialschädlichkeit bei Jakobs	600
5.	Rückbesinnung auf eine subjektive Rechtsverletzung bei Hörnle	602
B.	Umstrittenes Verständnis des Begriffs des Rechtsguts	603
I.	Begriffsverständnis in der <i>Lehre Hassemers</i>	603
II.	Leitlinien bei Roxin	604
1.	Willkürliche, ideologische oder grundrechtswidrige Strafgesetze	604
2.	Abgrenzung zwischen <i>Rechtsgut</i> und <i>Regelungsziel</i>	604
3.	Moral- oder Sittenwidrigkeit	605
4.	Verstoß gegen die (eigene) Menschenwürde	605
5.	Schutz von Emotionen nur im Falle der Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls	605
6.	Selbstschädigung	606
7.	Wert- und Moralvorstellungen: Symbolisches Strafrecht ...	606
8.	Gesellschaftliche Tabus	606
9.	Postulat hinreichender Konkretheit	609
C.	Rechtstheoretische Konzeption: <i>Funktionen</i> der Lehre vom Rechtsgut	609
I.	Systemimmanentes vs. systemtranszendentes Konzept	609
1.	Kritik an einem systemimmanenten Rechtsgutsbegriff	610
2.	Weitere Ansätze als Reaktion auf die Kritik	612
3.	Theorie der Sozialschädlichkeit von Amelung	613
4.	Begrenzung der Strafgesetzgebung allein anhand verfassungsrechtlicher Prinzipien?	615
5.	Eigene Stellungnahme: Argumente für einen systemtranszentenden Rechtsbegriff	616

a) Anderweitig inhaltslose Prüfung eines legitimen Zwecks	617
b) Die Rechtsgutslehre als Argumentationstopos zur Kritik an vorgefundenen Normen	618
c) Abstraktion der Rechtsgutslehre als unabdingbares Resultat ihrer Funktion	619
d) Koexistenz von systemimmanentem und systemtranszendentem Rechtsgutsbegriff	621
II. Strafrechtsbegrenzende Funktionen im Einzelnen	621
D. Deduktion der inhaltlichen Anforderungen	624
E. Prüfungsvoraussetzungen im Einzelnen	625
I. Strafverfassungsrechtliche Begrenzung durch das Rechtsgutdogma als Zielbestimmung	625
II. Zur Erforderlichkeit einer mehrgeteilten Prüfung	627
§ 13 Definition eines Rechtsguts als Anknüpfungspunkt der Gesetzgebung	629
A. Unbeeinflusster Meinungsbildungsprozess des Individuums als zu schützendes Rechtsgut	631
I. Veränderter Informationsmarkt in der „ <i>Networked Information Economy</i> “	631
II. Das Schutzgut der „ <i>öffentlichen Willensbildung</i> “ – <i>Mutatis Mutandis</i> eines gewandelten Kommunikationsforums	634
1. Deduktion des <i>Schutzguts öffentlicher Willensbildung</i> aus dem Demokratieprinzip	634
a) Kritik der Literaten an einem Schutzgut der öffentlichen Willensbildung	634
b) Eigene Bewertung	635
2. Konstituierung für den <i>demokratischen Meinungsbildungsprozess</i> gedeihlicher Tatsachenbehauptungen zum öffentlichen Gut infolge der Publikation	639

a) Gesellschaftspolitische Bedeutung authentischer Informationen	639
b) <i>Unbeeinflusster demokratischer Meinungsbildungsprozess als Quasi-Rechtsgut</i>	640
c) Vom Mär variabler Angriffsrichtung	641
d) <i>Impersonale Interpretation</i> der Kommunikationsgrundrechte bei <i>Vesting</i>	641
e) Begrenzungsfunktion des Quasi-Rechtsguts	642
B. Evaluation weiterer greifbarer vorstrafrechtlicher Anknüpfungspunkte	643
I. <i>Öffentlicher Meinungsbildungsprozess</i> bzw. Informationswahrheit nach Schünemann	643
II. Vertrauen in die Authentizität des öffentlichen Diskurses	644
III. <i>Extensiver Ehrbegriff</i> bzw. anderweitig erweiterter Individualschutz für die Protagonisten von Desinformationen	646
IV. Schutz der Integrität von Wahlen	646
V. Schutz des freien Wahlrechts	646
C. Negative Abgrenzung nach den Vorgaben Roxins	647
I. Unproblematische Anforderungen	647
II. Symbolisches Strafrecht	648
1. Verhaltenslenkender Einsatz des Strafrechts	648
2. Rechtssoziologischer Ansatz: Die These von der kulturellen Verspätung des Rechts	651
D. Zusammenfassung	652
§ 14 (Straf-)Verfassungsrechtliche Implikationen – Von der Pönalisierbarkeit der Verbreitung von Desinformationen	653
A. Prüfungsimplikationen im Einzelnen	653
I. Rechtsgutsdogma als legitimer (Strafrechts-)Zweck	653
II. Geeignetheit respektive Schutzfähigkeit und Strafrechtstauglichkeit	654

III.	Erforderlichkeit respektive <i>Strafrechtsbedürftigkeit</i>	656
IV.	Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne als notwendige Bedingung der Strafrechtswürdigkeit	657
V.	Bewertung der besonderen Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsprinzips	658
VI.	Für die Untersuchung besonders relevante Verhältnismäßigkeitsprädispositionen	659
B.	Verfassungsrechtliche Prüfung der Strafbewehrung der Verhaltensnorm	662
	I. Legitimer (Strafrechts-)Zweck	663
	II. Geeignetheitsbedenken	664
	1. Fehlende Nachweismöglichkeiten bzgl. negativer Wirkungen – Von der Eignung der Verhaltensnorm	664
	2. Allgemeine Bedenken gegenüber der Strafbewehrung	665
	3. Mangelnde <i>Schutzfähigkeit</i> durch die Strafbewehrung? – Rückschlüsse aus dem rechtsvergleichenden Teil zur Aufhebung vergleichbarer Tatbestände	666
	4. Strafrechtstauglichkeit	667
	5. Zusammenhang zwischen inkriminierter Handlung und Rechtsgutsgefährdung: <i>reale Verletzungskausalität</i> und deren Äquivalente	668
III.	Erforderlichkeitsbedenken	672
	1. <i>Prävention durch Modifikation des normativen Umfelds</i> mittels flankierender Maßnahmen – Das NetzDG als Rechtsdurchsetzungsmechanismus im Rahmen der Kriminalisierung	673
	2. Generalpräventive Wirkung anderer Steuerungsmodelle 673	
	a) Außerregulatorische Steuerungsmodelle: Verantwortungsübernahme durch den jeweiligen Diskursteilnehmer bzw. durch Dritte	674
	b) Regulatorische Steuerungsmodelle	675
	aa) Zivilrecht	675

bb) Medien- und Wettbewerbsrecht	677
(1) Haftungserweiterung der sozialen Medien .	677
(2) Lizenzaussetzungen	677
(3) Wettbewerbsrechtliche Regulierung	677
(4) Regulierung der Algorithmen – Von der bloß regelmäßigen Geltung des ultima ratio-Postulats	678
cc) Transparenz bzgl. Wahlkampfmaßnahmen oder der Finanzierung von Parteien	679
dd) Ordnungs- und Ordnungswidrigkeitenrecht als potentiell mildere Mittel – Von der Notwendigkeit eines sozialethischen Tadels	680
ee) Anderweitige weniger empfindliche strafrechtliche Regulierungsmöglichkeiten als ein Allgemeindelikt	681
(1) Adressierung besonders reichweitestarker Handlungen: Vorgehen gegen Social Bots bzw. gegen organisiertes Zusammenwirken von Nutzern	681
(2) Sonderdelikt: Pönalisierung von Garantiepersonen bzw. politischen Akteuren und Kampagneninhalten	682
3. (Negative) Generalprävention als Zweck der strafbewehrten Verhaltensnorm: Erreichbare Veränderungen bei den Informationsverarbeitungsmechanismen	683
IV. Angemessenheitsbedenken	685
1. Abwägungsrelevante Faktoren	686
a) <i>Strafwürdigkeitsbegründende</i> Faktoren	686
b) Eingriffsintensitätsbestimmende Faktoren	687
aa) Abschreckungseffekte	687
bb) Strafbarkeitsbegrenzungen durch materiell-rechtliche und prozessuale Lösungen	688

(1) Gutgläubiges Verbreiten: Materiellrechtliche Lösung	688
(2) Weitere Fälle geringen Schuldgehalts	689
cc) Schädliche Nebenfolgen	690
dd) Bloß marginaler Zugewinn an Generalprävention?	690
2. Abwägung der relevanten Faktoren: Austarieren des Gewinns an Rechtsgüterschutz mit den Grundrechtsbeeinträchtigungen	691
C. Zwang zur Pönalisierung? – vom Schutzauftrag der Grundrechte	692
I. Voraussetzungen für eine Schutzpflicht in der Rechtsprechung des BVerfG	693
II. Perspektivwechsel und verfassungsrechtliche Anforderungen	695
III. Führt die Schutzdimension der Grundrechte <i>in concreto</i> zu einer Pflicht des Gesetzgebers zur strafrechtlichen Intervention?	698

§ 15 Strafrechtsgenetische Regelungsalternativen: Erweiterung bestehender oder Formulierung neuartiger Normen	701
A. Auftakt: Möglichkeiten der Strafrechtsgenese	703
I. Option der Ergänzung bestehender Tatbestände	703
II. Implementierung neuartiger Tatbestände	705
1. Umfassende Inkriminierung	705
2. Inkriminierung unter qualifizierten Voraussetzungen	707
a) Kriminalisierung des Verbreitens von Fake News zur Beeinflussung von Wahlen	708
aa) Ergänzung von § 108a StGB	709
bb) Erweiterung von § 107a StGB	710

cc) Keine Bereichsausnahme für Fälle geboten, in denen eine Gegendarstellung noch möglich ist	711
b) Erweiterung der Ehrschutzdelikte um die Schaffung kompromittierender Sachlagen bzw. der Friedensschutzdelikte	712
c) Zeitliche Einschränkung der gesetzlichen Änderungen	713
d) Tatbestandliche Beschränkung auf wesentliche Informationen	714
e) Strafbarkeit der Verbreitung von Fake News, die geeignet sind, internationale Beziehungen zu gefährden	715
aa) Die Causa „Böhmermann“ – abolitionistische Tendenzen in diesem Deliktsbereich	715
bb) Gefährdung internationaler Beziehungen als objektive Bedingung der Strafbarkeit	716
cc) Konstruktion als Delikt mit überschießender Innen tendenz	717
dd) Kriminalisieren des leichtfertigen Verkennens der Unrichtigkeit	717
III. Der subjektive Tatbestand des neu zu konstruierendem Delikt	718
1. Allgemeine kriminalpolitische Erwägungen hinsichtlich der Konstruktion des subjektiven Tatbestands	718
2. Keine objektive Strafbarkeitsbedingung	718
3. Tatbestandliche Anknüpfung an Eventualvorsatz	719
4. Einführung eines im Strafmaß angepassten Leichtfertigkeitstatbestands	719
IV. Rechtsdogmatische Analyse der Regelungsalternativen	720
1. Schonende Umsetzung durch die punktuelle Ergänzung bereits bestehender Normen?	721
2. Formulierung eines neuartigen Rechtsguts als Plädoyer für eine eigenständige Neuregelung	721

B. Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes – Strafbarkeit der unbefugten Benutzung informationstechnischer Systeme ...	722
I. Rechtslage zu Social Bots de lege lata	723
1. Datenveränderung – § 303a Abs. 1 StGB	723
a) Kontextveränderung	724
b) Wechsels des Bezugsgegenstands	726
c) Zu antizipierende Rechtsdurchsetzungsdefizite	727
2. Computersabotage – § 303b Abs. 1 und 2 StGB	727
3. Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke – §§ 16, 106 UrhG	729
II. Inkriminierungsvorhaben des Gesetzesentwurfs	730
III. Eigene Bewertung	731
C. Ausgestaltung des Desinformationsverbreitungsstrafatbestands unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeitsanforderungen	732
I. Inhaltliche Anforderungen an Desinformationen – Legitimer Anwendungsbereich eines Desinformationsverbreitungsstrafatbestands im Hinblick auf die erfassten Inhalte	732
1. Von legitimen Fake News	733
2. Inhaltliche Anforderungen: Besondere Bedeutung für den öffentlichen Diskurs	734
3. Nur unwahre oder auch irreführende Informationen	738
4. Erkenntnistheoretisch im Zeitpunkt der Äußerung nicht verifizierbare (Des-)Informationen als notwendige Strafbarkeitslücke	739
5. In wesentlichen Punkten unvollständige Information als unrichtig	740
II. Ausgestaltung als Gefährdungsdelikt	741
III. Voraussetzungen <i>auf</i> Ebene der Tathandlung	742
1. Beschränkung auf spezifische Kommunikationsformen ..	742
2. Reine Verbreitung oder geistige Urheberschaft	742
3. Aggressive Informationspraxis als Verhaltenselement – Ideen des Europäischen Parlaments	743

4. Kommunikationsintention als maßgeblich unwertbestimmender Faktor	744
IV. Qualifikationen bzw. Regelbeispiele	745
1. Gewerbsmäßigkeit und bandenmäßige Begehung	745
2. Audiovisuelle Desinformationen (insbesondere Deepfakes) – sowie technische Visibilitätssteigerungstechnologien	746
3. Straferhöhung für jegliches Bildmaterial?	747
4. Gefährdung außenpolitischer Beziehungen	748
V. Privilegierungen	748
1. Für Wissenschaft und professionellen Journalismus	748
2. Für Aufklärungsmaßnahmen	749
VI. Sanktionsgestaltung	750
VII. Systematische Verortung	751
D. Prozessual notwendige Folgeänderungen	751
 § 16 Schlussbetrachtung	 753
A. Unbeeinflusster Meinungsbildungsprozess als Grundvoraussetzung der Demokratie – Schwächung des öffentlichen Diskurses	753
B. Erforderlichkeit der strafrechtlichen Ahndung zur Wahrung eines unbeeinflussten Meinungsbildungsprozesses	754
C. Zusammenfassung der Erkenntnisse in Thesen	756
D. An den Gesetzgeber gerichtete Empfehlung einer Neuregelung	761
 Literaturverzeichnis	 763